

BRÜSSELER NOTIZEN

zur Außen- und Entwicklungspolitik

Ausgabe vom
01. Oktober 2020

Berichtszeitraum: 01.09.2020 bis 30.09.2020

Inhalt:

- EU-Außenrat: Sanktionen gegen Belarus scheitern (vorerst) am Einstimmigkeitsprinzip
- Treffen der Entwicklungsministerinnen und -minister: Afrika im Fokus
- EU-Entwicklungszusammenarbeit mit Kenia leistet keinen wirksamen Beitrag zur Armutsminderung
- Nach EU-China-Gipfel: China will Klimaneutralität bis 2060 erreichen
- Borrell sagt Ukraine weitere Unterstützung durch die EU zu
- Bergkarabach-Konflikt: EU fordert Waffenruhe, Deeskalation und Verhandlungen zwischen Armenien und Aserbaidschan
- EU bekennt sich zu den Vereinten Nationen
- EU vertieft Handelsbeziehungen mit Angola

EU-Außenrat: Sanktionen gegen Belarus scheitern (vorerst) am Einstimmigkeitsprinzip

Zentrales Thema beim EU-Außenministertreffen am 21. September 2020 war die Lage in Belarus. Trotz politischer Einigung belarussische Verantwortliche für Wahlmanipulationen und Gewaltanwendung gegenüber friedlichen Demonstranten zu sanktionieren, steht ein entsprechender Ratsbeschluss, der einstimmig gefasst werden muss, weiterhin aus. Der Beschluss scheiterte an Zypern. Die Mittelmeerinsel machte ihre Zustimmung von EU-Sanktionen gegen die Türkei im Zusammenhang mit der angespannten Lage im östlichen Mittelmeer abhängig. Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell warnte, dass ohne Sanktionen die Glaubwürdigkeit der EU auf dem Spiel stehe. Wie EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen forderte jetzt auch David McAllister, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im EU-Parlament, umgehend die Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips im EU-Außenrat bei Sanktionen und Menschenrechtsfragen.

Die EU erkennt Aleksander Lukaschenko nicht als Staatschef an. Am Rande des EU-Außenrats trafen die EU-Außenminister die belarussische Oppositionsführerin Swetlana Tichanowskaja zu einem Arbeitsfrühstück und äußerten Solidarität mit den Menschen in Belarus. Bei einer Sondertagung des Europäischen Rates am 01./02. Oktober 2020 beraten die Staats- und Regierungschefs zu außenpolitischen Themen; in diesem Rahmen könnten Sanktionen beschlossen werden. DIETRICH JOHN

Informelles Treffen der Entwicklungsministerinnen und -minister: Zentrales Thema Afrika

Im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft lud Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller am 29. September 2020 seine europäischen Amtskolleginnen und -kollegen zu einer virtuellen Tagung ein. Die Beziehungen zwischen der EU und dem afrikanischen Kontinent war das zentrale Thema der Sitzung. Das für Oktober geplante Gipfeltreffen zwischen den Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union und der Afrikanischen Union musste aufgrund der Pandemie auf das kommende Jahr verschoben werden.

Die EU-Kommissarin für Internationale Partnerschaften Jutta Urpilainen regte an, die Zeit bis zum Gipfel gut zu nutzen. kürzer: Einerseits müsse die EU den politischen Dialog mit den afrikanischen Partnern stärken, andererseits die Koordinierung unter den eigenen Mitgliedsstaaten weiterführen. Hier gelte es, sich auf Prioritäten zu einigen und darauf, wie diese umgesetzt werden könnten. Andererseits müsse auch die Koordinierung innerhalb der EU weitergeführt werden. Sie sprach die hohe Verschuldung afrikanischer Staaten an, welche im Zuge der Corona-Krise weiter ansteige. Eine nachhaltige Lösung könne nur gemeinsam mit den EU-Finanzministern entwickelt werden. Die gute Zusammenarbeit und Koordinierung im Rahmen des Wiederaufbaupakets „Team Europa“ sei vielversprechend und solle auch in Zukunft weitergeführt werden. Dieses Paket bündelt Mittel der EU-Kommission, der EU-Mitgliedstaaten, der Europäischen Investitionsbank und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung. ANNE SCHLEY

Europäischer Rechnungshof: Keine sichtbare Auswirkung auf Kenias wirtschaftliche Entwicklung durch EU-Mittel

Der Europäische Rechnungshof untersuchte die Wirksamkeit der EU-Entwicklungszusammenarbeit mit Kenia und veröffentlichte nun die Ergebnisse. Obwohl die meisten EU-finanzierten Projekte ihre Ziele erreichten, leisteten diese keinen wirksamen Beitrag zur Armutsminderung des ostafrikanischen Landes, so die Prüfer. Die Minderung und langfristig die Beseitigung der Armut ist jedoch das Ziel des Europäischen Entwicklungsfonds (EEF), das größte Finanzierungsinstrument der EU in Kenia.

Im Zeitraum 2014 bis 2020 wies die EU im Rahmen des EEF Kenia 435 Mio. EUR zu. Dies entspricht lediglich 0,6% der Steuereinnahmen Kenias. Die Prüfer kamen zu dem Schluss, dass die EU-Kommission und der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) diese relativ geringen Mittel nicht strategisch genug einsetzten, um tatsächlich zur Armutsbekämpfung beizutragen. Anstelle dessen würden sie über zu viele unterschiedliche Bereiche verteilt. Ein weiterer Kritikpunkt betrifft die Mittelzuweisung auf die Empfängerländer des EEF, welche größtenteils nach einem festen Schlüssel erfolge und somit unzureichend die Reformbemühungen der Partnerländer berücksichtige.

Der Europäische Rechnungshof fordert die EU-Kommission und den EAD dazu auf, ihren Ansatz für die Zuweisung von Entwicklungsmitteln zu überprüfen: Statt „Gießkannenprinzip“ solle genau geprüft werden, in welchen Bereichen mit den beschränkten Mittel ein tatsächlicher Unterschied erzielt werden könne. Diese Empfehlung geht über Kenia hinaus, da die Situation in vielen Ländern vergleichbar ist. Der Zeitpunkt der Veröffentlichung ist gut gewählt: Die Ausarbeitung der Programme der zukünftigen EU-Instrumente für den Zeitraum 2021 bis 2027 steht unmittelbar bevor. Die EU-Kommission gab an, die Empfehlungen zu berücksichtigen. ANNE SCHLEY

EU-China Gipfel: Abschluss des Investitionsabkommens ungewiss, auch Menschenrechte Thema

Am 14. September 2020 trafen sich die EU, gleich dreifach hochrangig vertreten durch EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, EU-Ratspräsident Charles Michel und Angela Merkel als Vertreterin der deutschen EU-Ratspräsidentschaft, mit Chinas Staatschef Xi Jinping zu einem virtuellen EU-China Gipfel. Hauptpunkte des Gipfels waren Handel und Investitionen, Klimaschutz und die Reaktion auf die COVID 19-Pandemie. Die EU-Seite sprach auch unbequeme Themen wie Menschenrechte an. Ursula von der Leyen zeigte sich skeptisch, dass das Investitionsabkommen 2020 noch finalisiert werden kann. Immerhin hatten beide Seiten ein Abkommen zum Schutz geografischer Angaben vor dem Gipfel unterzeichnet.

Das Beharren der EU bezüglich nachhaltiger Entwicklung scheint Wirkung gezeigt zu haben: Eine Woche nach dem Gipfel sagte Xi Jinping in seiner Videobotschaft zur UN-Vollversammlung, dass China bis zum Jahr 2060 Klimaneutralität erreichen wolle. Das eigentlich geplante Format des Treffens mit Teilnahme der Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten und von Chinas Staatschef Xi Jinping ist nun für 2021 vorgesehen. INGA VON DER STEIN

Besuch von EU-Außenbeauftragtem Borrell in der Ukraine unterstreicht strategische Beziehungen

Am 22. September 2020 besuchte Josep Borrell die Ukraine und traf neben Präsident Wolodymyr Selenskyj u.a. Außenminister Dmytro Kuleba, die Leiterin des Antikorruptionsausschusses des ukrainischen Parlaments Anastasia Radina sowie zivilgesellschaftliche Vertreter. Der EU-Außenbeauftragte hob die engen Beziehungen zwischen der EU und der Ukraine hervor und bezeichnete die EU als stärksten und verlässlichsten Partner bei wirtschaftlicher Zusammenarbeit, Unterstützung von Reformen und Sicherheitsfragen. Zugleich forderte Borrell aber die Fortsetzung des Reformkurses der Regierung und weitere Anstrengungen im Bereich der Korruptionsbekämpfung. Borrells Besuch hatte sich aufgrund der Corona-Pandemie um viele Monate verzögert und darf als wichtiges Signal zur Unterstützung der Ukraine gewertet werden. DIETRICH JOHN

Bergkarabach-Konflikt: EU fordert Waffenruhe, Deeskalation und die Rückkehr zu Verhandlungen

Nach dem Wiederaufflammen der Auseinandersetzungen zwischen Armenien und Aserbaidschan fordert Josep Borrell eine sofortige Waffenruhe, Deeskalation und die Rückkehr zu Verhandlungen. Auf Druck insbesondere der EU-Mitgliedstaaten Deutschland und Frankreich hielt auch der UN-Sicherheitsrat eine Dringlichkeitssitzung ab und mahnte zu einem sofortigen Ende der Kämpfe. Die Sorge vor einer regionalen Ausweitung des Konflikts ist groß. Aserbaidschan kann auf die Unterstützung der Türkei zählen, Russland ist Schutzmacht Armeniens. Beide Konfliktparteien sind Teil der „Östlichen Partnerschaft“ der EU, welche die regionalen Beziehungen am Südkaukasus verbessern soll. Nicht zuletzt aufgrund dieser Brisanz wird der Konflikt auch Thema beim EU-Sondergipfel der Staats- und Regierungschefs am 01./02. Oktober 2020 sein. DIETRICH JOHN

EU-Außenbeauftragter zur UN-Vollversammlung: „Die EU steht zur UNO“

Am 22. September 2020 fand die Feier des 75-jährigen Jubiläums der Vereinten Nationen (UN) in virtuellem Format statt. Josep Borrell betonte in seiner Rede den Multilateralismus als das Leitbild der EU. Außerdem wurde ein Gastkommentar Borrells anlässlich des Jubiläums unter dem Titel „Die EU steht zur UNO“ in mehreren Medien veröffentlicht. Der Titel ist nicht nur als Bekenntnis der EU zu den Vereinten Nationen zu verstehen, sondern vor allem als Kritik zu der derzeitigen „America First“-Politik der USA, dem Land, in welchem die UN ihren Hauptsitz hat, sowie gegründet wurde. Außerdem verteidigte er die „geopolitische“ EU-Kommission mit dem Verweis darauf, dass sich die EU an einem Viertel des Budgets der UN beteilige. Borrell forderte wie Bundeskanzlerin Angela Merkel eine Reform der UN, allerdings ging er nicht auf Forderung nach einem EU-Sitz im UN-Sicherheitsrat, dem mächtigsten Gremium der UN, ein. INGA VON DER STEIN

EU und Angola: Vertiefung der Handelspartnerschaft

Am 8. September 2020 stellten Josep Borrell und der angolische Außenminister Tete Antonio virtuell die Weichen für eine vertiefte Kooperation. Im Zuge der Corona-Pandemie sichert die EU 20 Mio. EUR als Unterstützung zu. Angola nimmt sich auch den Herausforderungen des globalen Klimawandels an: Mit der Ratifizierung des Pariser Klimaabkommens ist ein wichtiger Schritt getan. Neben einer engeren Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik wollen beide Seiten auch eine gemeinsame Handels- und Investitionspartnerschaft verwirklichen. Hierbei soll Angola in die Panafrikanische Freihandelszone aufgenommen werden. Für Angola steht auch die Bekämpfung von Korruption im Vordergrund. SELINA VANDIEKEN

Dr. Markus Ehm

Leiter Europa-Büro Brüssel der Hanns-Seidel-Stiftung e.V.

Unter Mitarbeit von Dietrich John, Anne Schley, Selina Vandieken und Inga von der Stein

Impressum

Hanns-Seidel-Stiftung e.V. | Lazarettstraße 33 | 80636 München | www.hss.de

Vorsitzender: Markus Ferber, MdEP | Generalsekretär: Oliver Jörg

Für Rückfragen zum Inhalt erreichen Sie das Büro Brüssel unter
Tel. +32 2 230-5081 | E-Mail: bruessel@hss.de